

Absender:

**Die Fraktion P2 im Rat der Stadt /
Fraktion BIBS im Rat der Stadt**

18-07655
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Änderungsantrag zu Beschlussvorlage 17-05999 Änderung der
Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und
Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig auf dem Gebiet des
eigenen Wirkungskreises (Verwaltungskostensatzung)**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.03.2018

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

06.03.2018

13.03.2018

Status

N

Ö

Beschlussvorschlag:

Die darin befindlichen Kosten-/Gebürenehöhungen finden keine Anwendung auf Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten im Rahmen der Informationsfreiheitssatzung. Die Satzung ist entsprechend anzupassen.

Sachverhalt:

Der Zugang zu Informationen sollte für die Bürger und Einwohner der Stadt Braunschweig möglichst ohne Hürden möglich sein. Dies schließt finanzielle Hürden mit ein. Ein hoher Mehraufwand für die Stadt ist nicht zu erwarten, da dieses Werkzeug der Informationsbeschaffung aktuell relativ selten genutzt wird. Daher bitten wir um Annahme dieses Zusatzes.

Anlagen:

Keine